

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU, Die Linke und FDP

Jetzt die Konsequenzen aus dem McLaren- Report ziehen, Spitzensportförderung an fairen Wettbewerbsbedingungen ausrichten

Sport hat große gesellschaftspolitische Bedeutung: Im Sport werden Werte wie Toleranz und Fairness vermittelt, er führt Menschen unterschiedlicher Kulturen und sozialer Hintergründe zusammen. Sport ist Teil eines gesunden Lebensstils und unterstützt Integration und Bildung. Deutschlandweit wird Sport in über 91.000 Sportvereinen mit rund 28 Millionen Mitgliedschaften ausgeübt. Durch den ehrenamtlichen Einsatz von vielen Millionen Menschen als Übungsleiterinnen und -leiter sowie als Vorstände, aber auch als Helferinnen und Helfer bei Sportfesten, Turnieren und im ganz normalen Ligabetrieb machen sich diese verdient um unsere Gesellschaft.

Gleichzeitig wird Sport aber auch auf vielfältige Weise zur politischen Profilierung missbraucht. Gegenwärtig wird in Sportverbänden und im politischen Raum über eine Reform der öffentlichen Finanzierung der Spitzensportförderung diskutiert. Hierbei wird eine Ausrichtung der Sportförderung am messbaren Erfolg in Form von errungenen Medaillen erwogen.

Diese Diskussion fällt in eine Zeit in der der McLaren-Report das systematische Staatsdoping russischer Sportlerinnen und Sportler sowie erhebliche Manipulationen bei den letzten olympischen Winterspielen in Sotschi belegt. Der Anti-Doping-Kampf muss ein Schwerpunkt der Sportpolitik in Deutschland sein. Doping ist Betrug, zerstört die Werte des Sports und birgt größte Gefahren für die Gesundheit von Sportlerinnen und Sportlern.

Anders als das Paralympische Komitee hat das IOC bisher keine deutlichen Konsequenzen aus diesen belegten kriminellen und wettbewerbsverzerrenden Machenschaften gezogen. Das Vertrauen in internationale Sportverbände ist nach zahlreichen Inhaftierungen von Sportfunktionären, nach behaupteten, aber auch gerichtlich festgestellten Korruptionsvorwürfen, nach Steuerhinterziehungen und Geldwäsche auf einem historischen Tiefstand. Bei den Referenden in München und Hamburg haben sich die Bürgerinnen und Bürger gegen Olympiabewerbungen ihrer Städte ausgesprochen, der öffentlich-rechtliche Rundfunk in Deutschland nimmt von einer zukünftigen Übertragung der olympischen Spiele Abstand.

Vor diesem Hintergrund bedarf die zukünftige Spitzensportförderung einer Einbettung und Flankierung in eine Diskussion, wie bei internationalen Sportwettkämpfen faire und regelkonforme Wettbewerbsbedingungen hergestellt werden können. Ohne solche wird die gesellschaftliche Akzeptanz für die Wahrnehmung dieser öffentlichen Aufgabe sinken. Eine

Reform der Spitzensportförderung ohne entsprechende gesellschaftliche Akzeptanz ist allerdings kaum vermittelbar.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass sich die Spitzensportförderung in Zukunft an Erfolgsmöglichkeiten deutscher Sportlerinnen und Sportler in sauberen, fairen und regelkonformen Wettbewerben ausrichtet und die Diskussion um Förderkriterien verbunden wird mit dem ernsthaften und konsequenten Bemühen der Sportverbände nach einem doping- und korruptionsfreien Sport.

Ingelore Rosenkötter, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD

Mustafa Öztürk, Dr. Maike Schaefer und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Marco Lübke, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU

Cindi Tuncel, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE

Peter Zenner, Lencke Steiner und Fraktion der FDP